

Gemeinsame Erklärung der Kassenärztlichen Vereinigungen:

Der Gesundheitsfonds muss kommen!

„Der für 2009 vorgesehene Gesundheitsfonds ist bei konsequenter Umsetzung ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur Sicherung der Finanzierung des Gesundheitswesens.“ Darin sind sich die Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigungen Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen einig. Kommt der Gesundheitsfonds nicht, ist die flächendeckende, wohnortnahe ambulante medizinische Versorgung in der bisherigen hohen Qualität nicht mehr deutschlandweit zu gewährleisten.

Dieser Gesundheitsfonds bietet die realistische Chance, die chronische Unterfinanzierung im System zu beenden und eine Verteilung der Gelder unter Berücksichtigung der tatsächlichen Versorgungssituation vorzunehmen. Vor dem Hintergrund der zunehmend stringenten Definition des Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) müssen hierzu jedoch differenzierte Instrumentarien festgelegt werden, die eine gleichmäßige, dem Alter und dem Erkrankungs-

grad der Bevölkerung einer Region angepasste Verteilung des vorhandenen Geldes ermöglichen. Die Vorsitzenden betonen, wie wichtig es ist, chronische Volkskrankheiten wie Diabetes ausreichend zu berücksichtigen, da gerade diese immer häufiger vorkommenden Erkrankungen einen hohen medizinischen Aufwand erfordern.

Die Vorsitzenden kritisieren scharf die in den vergangenen Tagen wieder neu entfachte Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Gesundheitsfonds. Nur wenn dieser zum 1. Januar 2009 wirksam wird, ist auch der Solidargedanke der GKV weiterhin aufrechtzuerhalten.

Das Niveau der medizinischen Versorgung in allen Ländern der Bundesrepublik ist nur zu halten, wenn erstens für bestimmte Leistungsbereiche mehr Geld zur Verfügung gestellt und zweitens die Verteilung des vorhandenen Geldes neu geordnet wird. Beide Ziele können, wenn auch unter erheblichem Aufwand, mit dem Gesundheitsfonds erreicht werden. Hierzu gibt es derzeit keine umsetzbare sinnvolle Alternative.

Hausmann Cartoon



Auf keinen Fall regional einführen:

Elektronische Gesundheitskarte

„Wenn die elektronische Gesundheitskarte nicht gleichzeitig bundesweit eingeführt wird, werden wir massive Probleme mit der Datenübernahme in den Praxen bekommen. Eine häppchenweise Einführung der Karte wäre wider jede Vernunft.“ Mit diesen Worten kommentierte Dr. Günther E. Buchholz, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der KZBV, Überlegungen des Bundesgesundheitsministeriums, nach denen die elektronische Gesundheitskarte (eGK) zunächst nur in Sachsen ausgegeben und dann sukzessive in den anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden soll. Eine schrittweise Einführung der Karte würde bedeuten, dass Versicherte neben der eGK auf absehbare Zeit weiterhin ihre bisherige Krankenversichertenkarte vorhalten müssten. Buchholz weiter: „Wir haben schon bei den Feldtests gesehen, dass Patienten häufig ihre Karten verwechseln oder ihre bisherige Krankenversichertenkarte entgegen aller Hinweise vorschnell vernichten, nachdem sie die eGK bekommen haben. Dieses Spiel würde sich bei einer schrittweisen Einführung der Karte nach Regionen massenhaft wiederholen. Die Praxen wären vielfach nicht mehr in der Lage, die Patientendaten zu übernehmen und eine Behandlung abzurechnen, weil es kein Ersatzverfahren gibt.“